

"Die politischen Entscheide wecken häufig falsche Erwartungen."

Autor(en): **Rösler, Dagmar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **116 (2019)**

Heft 4

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-865628>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Die politischen Entscheide wecken häufig falsche Erwartungen.»»

INTERVIEW Die neue Zentralpräsidentin des Verbands der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) heisst Dagmar Rösler. Sie will den LCH bis 2023 mit dem Westschweizer Lehrerverband (SER) zum Verband Bildung Schweiz – Formation Suisse fusionieren. Sie erhofft sich davon mehr Gewicht und Gehör in der Bildungspolitik zu erlangen.

«ZESO»: Frau Rösler, warum haben Sie sich entschlossen, das Amt an der Spitze des LCH anzunehmen?

Dagmar Rösler: Für mich ist die Bildung ein zentrales gesellschaftliches Thema, das mir sehr am Herzen liegt. Ich war neben meiner Tätigkeit als Lehrerin schon 18 Jahre lang im kantonalen Verband Lehrerinnen und Lehrer Solothurn

tätig, davon acht Jahre als Kantonalpräsidentin. Da fragt man sich automatisch irgendwann, was man beruflich will, wie es weitergehen soll. Der Wechsel auf die nationale Ebene hat mich sehr angesprochen.

Sie sind jetzt die oberste Lehrerin der Schweiz, heisst es. Aber eigentlich sind

Sie doch vielmehr das Sprachrohr der Lehrerschaft. Mit welchen Mitteln wollen Sie diesen Auftrag erfüllen?

Ich versuche, ein möglichst breites Netzwerk aufzubauen und mit möglichst vielen Partnern im Gespräch zu bleiben, damit auch unsere Sicht in die politischen Entscheide einfließt. Häufig werden politische Entscheidungen gefällt, wobei zu



wenig berücksichtigt wird, was ihre Umsetzungen für die Schulen bedeuten. Damit werden dann falsche Erwartungen geweckt.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Beispielsweise beim Frühfranzösisch oder -englisch. Mit zwei bis drei Lektionen pro Woche lernt kein Kind eine Fremdsprache flüssig zu sprechen. Die am Anfang immer wieder propagierten Sprachbäder gibt es nicht, da dafür das Geld fehlt. Stattdessen sollen Sprachaustausche durchgeführt werden. Doch schlussendlich reicht es auf der Primarstufe dann meist nur für Exkursionen, die von den Gemeinden be-

willigt werden. An mehr Austausch über die Sprachgrenzen hinweg, muss also tatsächlich noch gearbeitet werden.

Das Problem ist, es darf nichts kosten. Das Bundesgericht hat ja entschieden, dass die Schule für die Eltern unentgeltlich sein muss.

Deshalb befinden wir uns in einem ziemlich straffen Korsett, das wenig Bewegung zulässt. Das gilt auch für die Einführung der schulischen Integration. Die Aufhebung der Sonderklassen wurde beschlossen, aber die nötigen Ressourcen nicht danach bemessen, was es für die Umsetzung braucht, sondern nach Massgabe

der kantonalen Finanzen. Nicht wir sind es ja, die Reformen planen und gestalten, sondern wir erfüllen meist einen Auftrag, erhalten aber nicht genügend Mittel dafür. Wir können leider keine Wunder bewirken.

Welches Thema ist für Sie die wichtigste Herausforderung für die Lehrerschaft in den nächsten Jahren?

Die Integration von unterschiedlicher Kinder in der Volksschule ist eine grosse Herausforderung. Das andere Thema ist die Chancengerechtigkeit, die damit direkt zusammenhängt. Ich finde wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler ein gutes Mass an Bildung mitbekommen, das heisst Bildung im konservativen Sinn; also zum Beispiel Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften. Doch die Schule vermittelt nicht nur Fächer. Es geht in der Schule auch darum zu lernen, wie ich in der Gesellschaft klar komme, wie in Gruppen, in denen ganz verschiedene Meinungen, Kulturen, Umgangsformen zusammentreffen. Das ist für mich nach wie vor eine sehr spannende und wichtige Aufgabe der Volksschule.

Wie würden Sie die Qualität der Volksschule Schweiz beschreiben? Erfüllt sie ihren Auftrag?

Ja, grundsätzlich ist die Qualität der Schweizer Volksschule gut. Das heisst aber nicht, dass es nicht Dinge gibt, die man verbessern könnte. Ich denke da zum Beispiel an die Digitalisierung. Da sind wir noch ganz am Anfang. Aber wir müssen auch in Sachen Unterschiedlichkeit noch offener werden.

Am 3. Dezember wird die neueste Pisa-Studie veröffentlicht. Welche Bedeutung messen Sie diesen Leistungstests bei?

Leistungstests gegenüber bin ich eher kritisch eingestellt. Wir haben in der Schweiz mehr als genug Leistungsmessungen. Wir beteiligen uns an den Pisa-Studien, im letzten Mai wurden die Ergebnisse der nationalen Überprüfung der Grundkompetenzen publiziert. Ich verstehe, dass die Bildungspolitik wissen will, wo



Bilder: Palma Fiacco

→ die Schüler im internationalen Vergleich stehen, aber das ist ja nicht das Einzige, was die Schule vermittelt. Insofern liefern uns diese Leistungsstudien ein sehr einseitiges Bild von der Schule und den Kompetenzen, die dort vermittelt werden. So wird mit dieser Momentaufnahme ein Bild von der Schule gezeichnet, das sehr unvollständig und einseitig ist.

Immer noch ist das sozioökonomische Umfeld massgebend dafür, welchen Bildungsweg ein Kind durchläuft. Warum kommt die Chancengerechtigkeit nicht vom Fleck?

«Die grosse Heterogenität unter den Kindern hat vielen Lehrerinnen und Lehrern bewusster gemacht, dass jedes Kind an einem anderen Ort steht, und dass es verschiedene Wege gibt, um zum Ziel zu kommen.»

Es ist eine Tatsache, dass Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten mit einem viel kleineren Rucksack in die Schule kommen und ihre Defizite nicht mehr aufholen können. Eine kürzlich publizierte Studie der Universität Bern zeigte 2011 aber auch, dass Kinder mit Migrationshintergrund in der Schule nicht diskriminiert werden. Die Integration hat offensichtlich dazu beigetragen, dass die «Norm» breiter geworden ist. Die grosse Heterogenität unter den Kindern hat vielen Lehrerinnen und Lehrern bewusster gemacht, dass jedes Kind an einem anderen Ort steht, und dass es verschiedene Wege gibt, um zum Ziel zu kommen.

Alle rufen jetzt nach Frühförderung, Sie selbst haben gar ein Obligatorium für die Frühförderung gefordert.

Ja, aber nicht in dem Sinne, dass der Besuch obligatorisch wäre. Vielmehr soll das Angebot flächendeckend sein. Die Politik hat den Handlungsbedarf jetzt erkannt, denn man hat festgestellt, dass Kinder, die mit sprachlichen, sozioökonomischen oder sozialen Schwierigkeiten eingeschult werden, grosse Verzögerung beim Lernen erfahren, die sie kaum mehr aufholen können. Deshalb wird jetzt von verschiedenen Organisationen die Frühförderung für die Kinder von 0 bis 4 Jahren vorangetrieben. Dabei geht es nicht nur um die Sprache, sondern eben auch um soziale Kompetenzen. Es gibt Kinder, die im Kindergarten zum ersten Mal mit anderen Kindern spielen, die noch nie eine Schere in der Hand hatten oder sich sprachlich kaum verständigen können. Man kann die Eltern natürlich nicht zwingen, ihr Kind in die Spielgruppe zu geben. Aber man müsste die betroffenen Kinder wenigstens erfassen.

Wie werden die Kinder, die Frühförderung benötigen würden, erkannt?

Dafür sind wir auf Fachstellen und Hausärzte angewiesen. Sie müssten die Kinder melden.

Im Kanton Tessin können alle Kinder schon ab drei Jahren in einen ganztägigen Kindergarten. 70 Prozent der Dreijährigen gehen ins Asilo, bei den Vier- und Fünfjährigen sind es 100



Prozent. Finden Sie das nachahmenswert?

Selbstverständlich ist es das. Das Tessin und die Westschweizer Kantone sind hier ganz anders aufgestellt als die Deutschschweiz, wo die Schaffung von Tagesstrukturen immer noch sehr harzig verläuft. Oft werden Mütter, die arbeiten gehen, hier immer noch als Rabenmütter dargestellt. Deshalb ist es wichtig, im Hinblick auf die Frühförderung nicht von Kitas zu sprechen, sondern von Spielgruppen.

Ein grosses Thema in der Schule ist ja jetzt die Digitalisierung: Doch eigentlich wissen wir noch gar nicht, was genau man den Kindern mit auf den Weg geben muss. Was bedeutet das für die Schule, die Lehrerschaft?

Das ist wirklich eine riesige Herausforderung. Sowohl technisch als auch inhaltlich sind erstmal sehr viele neue Kenntnisse und Tools nötig. Wir können uns ja teilweise noch gar nicht vorstellen, was auf uns zukommen wird. Mir kommt das so vor, als wollte man ein Ziel treffen, das sich mit hoher Geschwindigkeit bewegt. Unsere Schülerinnen und Schüler müssen sich jetzt für einen Beruf entscheiden, obwohl es die meisten Berufe in naher Zukunft gar nicht mehr geben wird oder ganz neue dazukommen. Wir versuchen sie darauf vorzubereiten, ohne wirklich genau zu wissen, welche Fähigkeiten und Kenntnisse sie benötigen werden.

Eine weitere grosse Herausforderung ist der prognostizierte Lehrermangel

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass ein gewaltiger Lehrermangel auf uns zukommt. Jetzt ist es höchste Zeit, etwas zu tun. Die Pensionierungswelle rückt immer näher und viele werden sich für eine frühere Pensionierung entscheiden, als Folge des stetigen Leistungsabbaus bei den Pensionskassen. Zusätzlich werden bis 2024 über 100 000 Kinder zusätzlich in die Schule kommen.

Warum entscheiden sich zu wenig junge Menschen für den Lehrerberuf?

Das Problem ist, dass der Lehrerberuf in der Gesellschaft wenig Anerkennung genießt. Ich erlebe auch privat immer wieder, dass Bekannte eine völlig falsche



DAGMAR RÖSLER

Seit August ist Dagmar Rösler Zentralpräsidentin des Lehrerverbands (LCH). Sie ist die erste Frau an der Spitze des LCH, nachdem Beat Zemp den Verband während fast 30 Jahren präsidierte. Der LCH ist die Dachorganisation der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz und hat 56 000 Mitglieder. Er schliesst kantonale Lehrerinnen- und Lehrervereine sowie schweizerische Stufen- und Fachverbände zusammen. Die 48-Jährige ist Mutter von zwei Kindern und nach wie vor als Lehrerin tätig. Sie stand bereits während 8 Jahren dem Lehrerverband Solothurn vor.

Vorstellung von diesem Beruf haben, die Vorurteile sind und eher verächtlich über Lehrerinnen und Lehrer reden. Das hat meist nichts mit konkreten und aktuellen Erfahrungen zu tun, wird aber wohl an die eigenen Kinder weitergegeben. Das finde ich schade.

Gleichzeitig wird die Ausbildung für den Lehrerberuf immer länger. Jetzt wird von Lehrerseite sogar ein Masterabschluss gefordert. Ist es eine gute Idee in Zeiten von Lehrermangel, die Latte höher zu hängen?

Natürlich. Das ist genau das, was richtig ist. Je höher die Ausbildung ist, umso mehr Ansehen genießt der Beruf. Ausserdem

wollen wir nicht möglichst viele Lehrer und Lehrerinnen, die den Beruf in erster Linie deshalb wählen, weil die Ausbildung nur drei Jahre dauert. Wir wollen die, die diesen Beruf aus Überzeugung wählen und auch eine Herausforderung suchen. Ausserdem stellt der Lehrerberuf heute wesentlich höhere Anforderungen als früher, denn es sind sehr viele neue Aufgaben und gesellschaftliche Herausforderungen hinzugekommen. Mit einer Schnellbleiche ist das nicht mehr machbar.

Neu wollen die Lehrerinnen und Lehrer der Deutschschweiz und der Romandie zum Verband Bildung Schweiz, Formation Suisse fusionieren: Wie kommen Sie voran?

In etwa vier Jahren soll die Fusion vollzogen sein. Der Deutschschweizer und der Westschweizer Verband arbeiten schon lange gut zusammen. Alle waren sich nun einig, dass es sinnvoll wäre, die beiden Verbände zu einem nationalen Verband zusammenzuschliessen und bei diesem Schritt auch noch die italienische Schweiz zu integrieren. Eine Arbeitsgruppe ist jetzt daran, verschiedene Modelle auszuarbeiten, wie der Verband nach der Fusion aussehen könnte.

Was sind die Hindernisse auf dem Weg?

Der Entscheid der Mitglieder, diesen Weg zu gehen, fiel einstimmig. Insofern ist es völlig klar, dass wir diese Fusion wollen. Aber natürlich funktionieren die Deutschschweizer in manchen Dingen anders als die Westschweizer. Deshalb wird es sicher bei der Umsetzung sowie bei einzelnen Fragen der konkreten Ausgestaltung eine Reihe von Hürden geben. Das wird also kein Sonntagsspaziergang. Aber ich bin sicher, dass wir das schaffen.

Was genau versprechen Sie sich von der Fusion?

Organisatorisch wird es einfacher, denn die Wege werden kürzer werden. Aber wir hoffen natürlich auch, dass unsere Stimme dann in Politik und Öffentlichkeit noch mehr Gewicht haben wird.

Das Gespräch führte
Ingrid Hess